

„Mehr als 13.000 schutzsuchende Menschen sind seit Anfang 2015 im Mittelmeer ertrunken, mehr als 1500 bereits in diesem Jahr. Bei der gefährlichen Überfahrt in nicht seetauglichen Booten kamen allein im Juni nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 564 Menschen ums Leben - mehr als in jedem anderen Monat in den vergangenen Jahren. Das schreckliche Wort vom „Friedhof Mittelmeer“ macht wieder die Runde.

In den vergangenen Wochen und Tagen hat sich die ohnehin prekäre Situation weiter verschärft. Rettungsschiffen wird das Anlegen in europäischen Häfen verweigert, Menschen, die vor dem sicheren Tod gerettet wurden, werden tagelang auf überfüllten Rettungsbooten in Unsicherheit belassen oder noch schlimmer an die libysche Küste zurückgebracht. Private Seenotretter werden kriminalisiert und vor Gericht gestellt. So sollen die NGOs entmutigt werden.

Besonders unverantwortlich und verwerflich ist die Unterstützung und Ausstattung der libyschen Küstenwache auch durch Deutschland. Deren brutales Vorgehen ist vielfach durch Berichte belegt. Etliche libysche Küstenwächter sollen schon früher in den Gewässern gekreuzt haben – als Schlepper.

Diese libyschen Schlepper – auch das dürfen wir nicht vergessen - sind tatsächlich kriminelle Ausbeuter der Armen. Sie schicken die Flüchtlinge gegen hohe Zahlungen – Männer, schwangere Frauen, Kinder und Babys - in billigen Einwegschaluppen auf das Meer, die schon nach kurzer Zeit untergehen.

Ich bin daher froh und dankbar, dass Sie, dass Ihr alle hier aufsteht, Solidarität mit den privaten Rettern zeigt und für neue Strategien der Seenotrettung und sichere Fluchtwege kämpft. Wir kämpfen für das Recht und die Pflicht, Leben zu retten. Und ich danke den privaten Seenotrettern, die trotz aller Behinderungen ihre Zeit und ihre Kraft einsetzen für die Werte Europas.

Als Kirche und Caritas erinnern wir daran, dass die Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot im Völkerrecht verankert ist. Entweder der Staat nimmt sich dieser Aufgabe in ausreichender und glaubwürdiger Weise selbst an – das Gegenteil ist derzeit der Fall - oder der Staat muss nichtstaatliche Organisationen handeln lassen und sie unterstützen. Wer beide Wege blockiert, nimmt Leiden und Tod von Flüchtlingen sehenden Auges in Kauf. Dieser tödlichen Politik widersprechen wir als Kirche und ihre Caritas mit Nachdruck. Die grundlegenden Standards der Humanität dürfen niemals zur Disposition gestellt werden. Die Grenze Europas darf keine Grenze des Todes sein. Das schreckliche Wort vom „Friedhof Mittelmeer“ muss wieder der Vergangenheit angehören.

Stattdessen führen aber rechte und rechtsradikale Kräfte in Europa, die bis weit in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft reichen, einen unerklärten Krieg gegen die Armen, besonders die Armen Afrikas. Politiker wie Matteo Salvini in Italien, der die Lebensretter als Vizeschlepper bezeichnet, verfolgen ihre politischen Interessen auf Kosten von Menschenleben. Politiker wie Horst Seehofer in Deutschland treten gemeinsam mit dem braunen Mief der Lega Nord und der AfD die Würde des Menschen durch ihre unsäglichen Äußerungen mit Füßen. Erst in dieser Woche hat übrigens die AfD die Finanzierung von zivilen Organisationen der Seenotrettung im Mittelmeerraum zum Thema einer Kleinen Anfrage ([19/3515](#)) im Bundestag gemacht. Der parlamentarische Arm des deutschen Rechtsradikalismus möchte wissen, ob Organisationen wie Sea Watch, SOS Mediteranée oder Mission Lifeline mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, und wenn ja, für welche Projekte und in welchem Umfang. Das Ziel dieser Anfrage ist klar. Es geht darum, die vermutete Finanzierung abzuschneiden. Und darum, den Ruf der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer von Flüchtlingen zu beschädigen, sie versuchen die NGOs und ihre Rettungsaktivitäten in Misskredit zu bringen.

Was ist zu tun? - Die dramatische Situation im Mittelmeer zeigt: Gemeinsame Antworten im Geiste europäischer Solidarität sind notwendiger denn je. Die Staaten im Süden der Europäischen Union

dürfen nicht alleingelassen werden. Anstelle nationalstaatlicher Egoismen braucht Europa eine faire Verantwortungsteilung, bei der jeder Staat seinen angemessenen Beitrag leistet. Und wir hier brauchen jede Menge Verbündete, Menschen guten Willens, die mit uns bereit sind, für das Recht, Leben zu retten, zu kämpfen.

Papst Franziskus hat den Europäern schon 2013 auf der Insel Lampedusa zugerufen: "Die Wohlstandskultur macht uns unempfindlich für die Schreie der anderen und führt zur Globalisierung der Gleichgültigkeit". Ich füge hinzu: Fünf Jahre später ist aus der Wohlstandskultur eine Wohlstandsverwahrlosung geworden. Europa verliert seine Seele und wirft seine Werte über Bord. Und aus der Globalisierung der Gleichgültigkeit ist ein nicht erklärter Krieg gegen die Armen geworden, der Monat für Monat Hunderte von Opfern fordert. Stehen wir gemeinsam dagegen auf. Alle Menschen guten Willens – unabhängig von ihrer Nationalität, Hautfarbe und Religion, kämpfen wir für das Recht aller Menschen auf ein Leben in Würde und Sicherheit.

Danke